

Geschätzte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Diese ausserordentlichen Session zur Kaufkraft zeigt, in welcher ernsthaften Lage sich unser Land befindet: Existenzen stehen auf dem Spiel, Bürgern droht die Verarmung, Unternehmen der Zusammenbruch. Die Bundesfinanzen sind durch Corona-Schulden belastet und Sie beschliessen munter Abgaben auf Strom, Milliarden-Unterstützung für Spekulanten, utopische Energieprojekte, ja, noch den mit Milliarden versüssten Ausstieg aus den fossilen Energien!

Mit verzweifelten Schnellschüssen versuchen Sie von Ihren schwerwiegenden politischen Fehlern der letzten 10 Jahre abzulenken:

Der linke Gesundheitsminister, der bei Corona noch wirtschaftliche Einschränkungen beschloss, obwohl das Virus bereits schwach war. Die Unterstützungsgelder aus dem Bundeshaushalt fehlen noch der nächsten Generation! Dieser Bundesrat, der privat in geschützte ausländische Lufträume eindringt, hat es auch nach 11 Jahren im Amt noch nicht geschafft, eine einzige Eindämmung der Krankenkassenkosten zu erreichen! Die anstehende massive Prämienhöhung wird für unseren Mittelstand inzwischen existenzbedrohend!

Noch viel schlimmer steht es um die Energie: Eine Energiestrategie, von Bundesrätin Leuthard initiiert, von allen Parteien, ausser der SVP, unterstützt und von der linken Bundesrätin fortgeführt. Zusammen mit links/grün und der Mitte hat sie alle Warnungen zur Versorgung in den Wind geschlagen. Das Ziel, Energie zu verknappen und zu verteuern, war ja explizit gewollt.

Ideologische Fantasien und arrogantes Festhalten an Fehlentscheidungen sind offensichtlich wichtiger als das Wohlergehen unseres Volkes! Ihr verbohrtes Festhalten an der Energiestrategie als Importstrategie und am Technologieverbot für Kernkraft belegen das. Sie vergolden die Solarproduktion mit Milliarden, die Sie gar nicht haben und planen und realisieren gleichzeitig grosse Öl- und Gaskraftwerke – obwohl Sie ja den Ausstieg aus den fossilen Energien auch noch wollen! So ruinieren Sie dieses Land und seine Bürger wirtschaftlich. Unsere Bürger haben ein Recht,

Forderungen zu stellen, und auch den Rücktritt der verantwortlichen Bundesrätin!
Wenn die Linken daraus einen Gewaltaufruf machen, lenken sie nur von den eigenen Fehlern ab.

Eine davonziehende Teuerung und explodierende Energiepreise bedeuten für viele Bürger und Unternehmen mehr als ein bisschen Frieren. Sie könnten ja Kerzen anzünden oder zusammen duschen, wird ihnen gönnerhaft aus Bern mitgeteilt. Für viele geht es an die Existenz: Sie können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, ihre Ersparnisse werden entwertet. Dann bleibt nur noch der Gang zur Sozialhilfe.

Jetzt präsentieren sich die Verursacher der Krise gerne als Freund und Helfer und fordern grosszügige Unterstützungsleistungen. Denn fremdes Geld verteilen durch den Staat, das können Sie gut, liebe Linke. Dass Sie das Geld gar nicht haben, kümmert Sie nicht. Solange jemand noch Geld hat, werden Sie es sich holen. Der Raubzug aufs Portemonnaie der Bürger ist seit jeher Ihr Programm.

Zur Kasse gebeten werden aber wiederum die Bürger, der Mittelstand, das Gewerbe, die Industrie. Sie werden geschöpft bis in die Existenzvernichtung. Mit den sogenannten "Geschenken" von Links werden sie aber noch mehr in die Abhängigkeit des Staates getrieben.

Der Staat muss die Haushalte entlasten, indem er ihnen bestehende Abgaben und Steuern, insbesondere auf den Energien, erlässt. Die arbeitende Bevölkerung und der Mittelstand, aber auch die Unternehmen brauchen Luft zum Atmen. Immer neue Vorschriften und Bevormundungen sind jetzt sicher nicht angebracht.

Beenden wir die Fehler der Corona-, Gesundheits- und Energiepolitik, statt immer wieder neue Fehlentscheide nachzuschieben! Kommen wir auf den Boden der Tatsachen zurück. Wenn Sie nicht Willens oder fähig sind, über Ihren Schatten zu springen und Ihren Kurs zu ändern, dann halten Sie sich wenigstens zurück. Auch das ist schon ein Entlastungspaket für unsere Bürger und Unternehmen!

Vielen Dank.